



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909**

306 (6.7.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-316590](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-316590)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Eingelohn 25 Pfg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
zuschlag N. 2.45 pro Quartal.  
Eingel.-Kummen 2 Pfg.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.  
Auswärtige Inserate . . . 30  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:  
„General-Anzeiger  
Mannheim“.

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gleichen und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 306.

Dienstag, 6. Juli 1909.

(Abendblatt.)

### Zum nationalliberalen Vertretertag

Der nationalliberale Vertretertag, den die Not der Zeit gefordert hatte, ist vorüber. Es war gewiss mancherlei Improvisiertes an diesem Vertretertag. Die Räume mochten den 714 Delegierten, die aus allen Teilen des Reichs zusammengekommen waren, nicht recht genügen. Auch sonst waren bei der knappen Frist die Veranstaltungen, die nach Brauch und Verkommen die Parteitage zu begleiten pflegen, larger als bei früheren Anlässen. Und schließlich wars im Grunde nur ein Thema, über das man sich aussprach, nicht wie sonst wohl ein Allerlei von Problemen und Fragen. Aber gerade dadurch bekam die Berliner Tagung ihre Beachtlichkeit, diesen Tag in dieser Weise selbst zu überreifen und hinreichend sprich wie nie zuvor. Dann drängte man zum Schluss. Man hatte die Empfindung, daß der vereehrte Führer die Situation ausgekostet hatte; daß er gesagt, was irgend zu sagen war. Und daß Wortreichtum den bedeutungsvollen Eindruck, den die ernste Stunde gewirkt hatte, nur verringern konnte.

Man war einig; sagen wirs nur getrost: so einig wie kaum je in den dreißig Jahren nationalliberaler Geschichte. Das ganze Land, soweit es nationalliberal gefinnt ist, hatte man die die Entwicklung durchgemacht wie die Reichstagsfraktion unter der gewissenhaften, weitausschauenden Führung Wassermanns. Man hatte einsehen gelernt, daß es doch ein etwas zu schematischer Positivismus wäre, wenn man allem und jedem unbedenken zustimmen wollte, was zu Werbezwecken mit dem nationalliberalen Elfenbein versehen worden war. Daß es im Gegenteil unter Umständen eine herbe nationale Pflicht werden könnte, mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit Nein zu sagen und bei diesem Nein allen Befehdungsinstanzen zum Trotz zu verharren. Das ist nichts Geringes für eine Partei, die wie die nationalliberale eine Partei der Individualitäten ist. Etwas ganz Außerordentliches sogar gegenüber dem Schwergewicht einer vierzigjährigen Tradition. Und doch weicht die nationalliberale Partei, wenn sie am 4. Juli mit solcher Einmütigkeit ihre Schicksalstafeln neu formiert hat, im Grunde von der alten Bahn nicht ab. Sie bleibt immer noch die Gruppe, die unter allen Umständen das Vaterland über die Partei stellt. Nur daß sie, wir möchten sagen, den Grundzug jetzt innerlicher faßt; daß sie nicht mehr gewillt ist, sich vom Klang der Worte beräuschen zu lassen, und danach strebt, hinter den Kern der Dinge zu leuchten. Darum macht sie diese Finanzreform nicht mit, die wie Wassermann am Sonntag durchaus zutreffend ausführte, nur ein Nubizug gegenüber dem kleinen und mittleren Gewerbe ist. Aber sie verändert! deshalb noch nicht ihren Charakter. Sie bleibt die in gleichem Maße nationale und liberale Mittelpartei, die des Bauern auf dem Lande so gut gedenkt wie des Gewerbetreibenden auf dem Lande und der Angehörigen gelehrter Berufe, und die heute wie

immer um einen gerechten Ausgleich der Interessen sich müht in der patriotischen Erkenntnis, daß Raum für alle die deutsche Erde haben muß.

### Bestimmen.

Der nationalliberale Vertretertag in Berlin findet in der gesamten Presse der liberalen Parteien eine außerordentlich sympathische Aufnahme. Durch die Artikel der nationalliberalen Presse geht vor allem die stolze Beugung, daß der Berliner Delegiertentag die ganze Partei einig hinter ihren Führern gefunden hat, und überall findet sich der Gedanke ausgesprochen, daß die Stellung der nationalliberalen Fraktion und der Gesamtpartei nur im Interesse des Nationalliberalismus selbst gelegen sei, der einer neuen zukunftsreichen Entwicklung entgegengehe. Ruhig und sachlich schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Die Nationalliberale Partei kann es sich gestatten, ihren Vertretertag zu einer Stunde zu besuchen, wo noch so manche Kästel der inneren Kritik ungelöst, so manche Fragezeichen ohne ausreichende Antwort sind. Denn wenn je, so war dem nationalen Liberalismus heute das, was ihm Pflicht ist, klar vorgezeichnet, und die Partei braucht nur sich selbst getreu zu bleiben, um den rechten Weg zu finden. Aber eines ist neu für sie in der gegenwärtigen Lage: es ist das erste Mal, daß eine große nationale Aufgabe der Volkserziehung zu lösen obliegt, ohne daß die Nationalliberale Partei imstande ist, sie zu fördern und mitzulösen, daß sie sich darauf beschränken muß, mitzuraten und zu beharren, wo wissenschaftlicher Eignung und berufsschädliche Parteihaftigkeit noch Verbesserungen zulassen. Man kann es den Männern, die besuchen sind, im Reichstag nach ihrem Willen und Gemissen über Wohl und Wehe des Volkes zu entscheiden, nachprüfen, daß sie in einem solchen Augenblick das Bedürfnis empfinden, vor den Vertretern ihrer Wähler Rechenschaft abzulegen und sich zu vergewissern, ob sie mit ihnen eines Sinnes sind. Diese Gewissheit ist ihnen gestern auf dem Berliner Vertretertag geworden: einstimmig lobten die Delegierten der Wahlkreise in einer Resolution die Stellung der Fraktion gebilligt und sich mit ihren Abgeordneten über die jetzt einschlagende Richtlinie geeinigt. . . . Was für die Partei des nationalen Liberalismus Pflicht und Recht war, konnte bei dem Verlauf der Dinge keinem einzigen ihrer Angehörigen zweifelhaft sein. Die salut publica, das Wohl des Ganzen, ist nach wie vor die Dosis, die ihre Fäden zieren wird, und Opposition gegen alle und jeden, der von dieser Dosis abweicht, ist forlan die Lösung. Wenn die überhandnehmenden Regierungen sich selbst und das Programm verleugnen, mit dem sie, so glaube man, stehen und fallen würden, wenn für: Willen nur noch die letzte Kraft in sich fühlt, aus der Debatte zu retten, was noch zu retten ist, so wird Bürgerthum, Mittelstand und Bauernschaft sich um so feher und einiger fassen um das nationalliberale Banner, das sich auch in der trüben Zeit, der wir entgegensehen, bewähren wird als Sturmflut gegen Reaktion, politischen Eigennutz und Konfessionalismus.“

Der „Hannob. Cour.“ überschreibt seinen Artikel zum Berliner Vertretertag: „In solcher Einigkeit“ und sagt:

„Der nationalliberale Vertretertag war eine Tat. Beweis schon die Enderfassung zu so kritischer Zeit ein hartes Vertrauen der Parteileitung in die Unanfechtbarkeit der eigenen Stellung, so hat der Vertretertag dieses Vertrauen in glanzvoller Weise gerechtfertigt. So viel Bedeutsames auch beschlossen und gesprochen wurde, dies war das Wichtigste und Größte: die Partei ist einig. Das will bei einer großen Zahl Deutscher, und zwar gebildeter Deutscher, schon viel sagen, besonders viel aber bei der nationalliberalen Partei, die in jeder Hinsicht eine Mittelpartei ist, beherrschend und treibende Elemente, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, An-

dustrielle und Bauern, Großkapitalisten und Mittelhändler umschließt. Wenn sie alleamt darin einig sind: die nationalliberale Fraktion kann und darf an dieser Steuereingehung keinen Teil haben, dann müssen die Gründe für das negative Verhalten hart und überzeugend sein; denn niemand wird behaupten wollen, daß die nationalliberalen Vertretertage nur Schaustücke seien. . . . Und nun ziehen über 700 Vertreter in alle Winkel des deutschen Reichs zurück und verbreiten überall die solche Kunde: Die Not der Zeit, das Wort und Schicksal einklang hat die nationalliberale Partei ausgerichtet und zusammengekehrt zu solcher Einheit.“

Die „Münch. N. N.“ stellen gleichfalls als Resultat der Tagung die volle Einmütigkeit der Partei in den Fragen der Reichsfinanzreform fest, in welchen ein einstimmiges Bekenntnis zur Wirtschaftspolitik der Reichstagsfraktion gegeben sei, das um so bedeutsamer ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Heidelberg seinerzeit volle Freiheit in wirtschaftspolitischen Fragen als Parteiprogramm unter Miquels Führung aufgestellt werden mußte, um die Partei vor weiterem Verfall zu schützen. — Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ sagt zu dem Vertretertag u. a.:

„Es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß sich die Einmütigkeit in der Beurteilung der Situation und in der Beurteilung dessen, was eine liberale Partei unter den gegenwärtigen Umständen zu tun hat, nicht auf die freisinnigen Gruppen beschränkt, sondern auch die Nationalliberalen eine deutliche Sprache geführt haben. Herr Wassermann hat die zwar nicht überraschende, aber doch interessante Mitteilung gemacht, daß sich „mehrer überflüssige Ratgeber aus Regierungskreisen an uns herangedrängt und uns zu bewegen versucht hat, das Heizen für die Schäden zu sein, die die neue Mehrheit des Reichstags angerichtet.“ . . . Unso erfreulicher ist es, daß die nationalliberale Partei, wie Herr Wassermann wieder verkündet hat, diesmal stand halten will. Sie folgt dabei nur ihrem eigenen Interesse, denn Herr Wassermann hat ganz richtig gesagt, daß es der Tod der nationalliberalen Partei wäre, wenn sie sich an der Steuerwerkerei des schwarz-blauen Volks beteiligte. Diese Steuerwerkerei richtet sich ja außer gegen die breiten Massen insbesondere gegen Industrie, Gewerbe und Handel, also gegen die Gewerbetreibe, in denen die nationalliberale Partei, wenn auch nicht sie allein, ihren eigentlichen Stützpunkt hat. Da es ja ist, darf man allerdings erwarten, daß sich die Nationalliberalen nicht doch noch umgarnen lassen würden. Bemerkenswert ist es auch, daß Herr Wassermann die Einigkeit betonte, die die liberalen Parteien in der heutigen Situation zeigen, und daß er mit einer gewissen Befriedigung darauf hinwies, in der Sozialdemokratie habe diesmal der gemäßigtere Teil über den Radikalismus getriest, da sie zum ersten Male politisch mitgearbeitet habe. Es ließe sich so darüber freuen, ob dies wirklich gerade das erste Mal gewesen sei — Herr Wassermann meint wohl das Eintreten der Sozialdemokratie für die Erbschaftsteuer — aber es kommt hier mehr auf das psychologische Moment an, das in der Neuerung des nationalliberalen Führers liegt, als auf eine Statistik der praktischen Mitarbeit der Sozialdemokratie.“

### Eine weitere Rede Wassermanns.

Die bereits kurz mitgeteilte, schloß sich an die Verhandlungen des Vertretertages ein gemeinsames Mittagmahl im Kaiserhof an. Hier wurde eine Reihe politischer Ansprachen gehalten, die in mancher Beziehung das am Vormittag Gesagte ergänzten. Das erste Wort hatte Abg. Wassermann, der einen Rückblick auf die abgeschlossene Tagung und auf die Geschichte der nationalliberalen Partei warf. Professor von Calceer-Strasbourg dankte in seiner Rede der Fraktion für ihre hingebende, treue Arbeit und brachte ein Hoch auf Wasser-

### Feuilleton.

#### Die Varusschlacht.

Der Verlauf der Schlacht im Teutoburger Walde ist bis in die neueste Zeit allgemein so dargestellt worden, wie ihn der griechische Geschichtsschreiber Dio Cassius in seiner von der Gründung Roms bis 229 n. Chr. reichenden römischen Geschichte gegeben hat. Er stützt sich auf den Bericht, der seinerzeit dem Senat in Rom mitgeteilt wurde. Dieser amtliche Bericht aber, der nichts von der schimpflichen Ueberrumpfung in Varus' Lager und der Kapitulation des römischen Heeres weiß, vielmehr die Legionen auf dem Marsche von den Germanen angegriffen und in heldenmütigen Kämpfen vernichtet werden läßt, war eigens für den Zweck zurechtgestellt, die über die schmachvolle Niederlage erregten Gemüter in Senat und Volk zu beschwichtigen. In Wahrheit soll der Dergang ein ganz anderer gewesen sein.

Der Detmolder Seminarlehrer Heinrich Schwanold, der sich durch Arbeiten zur lippischen Landeskunde bekannt gemacht hat, gibt in einer soeben erscheinenden Zeitschrift zur neunzehnhundert-jährigen der Schlacht im Teutoburger Walde („Armin, die Varusschlacht und das Hermannabenteuer“, Verlag der Westfälischen Hochschülervereine in Detmold) eine von der bisher üblichen sehr abweichenden Schilderung. Dem Lürwer (Herzoggeheben Frdr. v. Grotthaus) entnehmen wir darüber folgendes: Im Jahre 7 nach Christus war Quintilianus Varus als Statthalter nach Germanien gekommen, mit dem Auftrag, vor allem die widerspenstigen Cherusker der römischen Herrschaft zu unterwerfen. Er versuchte es zunächst damit, sie unter seine oberste Gerichtsbarkeit zu zwingen, und ging dabei mit bewusster Willkür und Grausamkeit zu Werke. So sagt der römische Geschichtsschreiber Vellejus, ein Zeitgenosse

Armins, der schon Tiberius auf seinen germanischen Feldzügen begleitet hatte: „Varus gab sich dem Wahne hin, er habe es hier mit Menschen zu tun, die von Menschen nichts weiter befähigt als Stimme und Gliedmaßen, und Leute, die mit dem Schwerte nicht zu händigen wären, könnten durch Gerichtsverfahren zahn gemacht werden.“ Dieser Politik des Römern nun legte Armin die eigene entgegen. Er sah, daß Varus bei seinen Gerichtsverfahren im Lager Zuschauer und Zuhörer zuließ, viellecht sogar ihre Gegenwart wünschte, in dem Wahne, daß sich die Germanen dadurch schneller an das Verfahren gewöhnen würden. Darauf baute Armin seinen Plan; er veranlaßte die mit ihm verführten Cherusker, immer zahlreicher ihre Rechtsbündel dem Statthalter vorzutragen. So man erdichtete Prozesse, Klagen und ließ sich verlocken und dankte für die prompte und gerechte Entscheidung, so daß Varus nicht wenig irritiert sein mochte, seine obergerichtliche Stellung so schnell anerkannt zu sehen. Das verführte ihn zu einer Sorglosigkeit, als wenn er nicht mitten im feindlichen Germanien an der Spitze eines Heeres stände, sondern als Statthalter auf dem Forum in Rom. Jede Partei wurde von ihrer Sippe zur Gerichtsstätte im Lager geleitet, wie es in Rom auch Sitte war; selbst unbeteiligte Neugierige wurden geduldet. Dadurch gewann Armin die Möglichkeit, ganze Scharen von Verschworenen so unauffällig in das Römerlager zu bringen, daß sogar die Warnungen, die Armin eigener, ihm feindlich gesinnter Schwiegervater Segestes dem Feldherren zukommen ließ, von diesem unbeachtet blieben. Da selbst als Segestes Armins Plan, soweit er ihm bekannt geworden war, verriet, glaubte Varus nicht anders, als daß die Anklagen nur der Aufbruch des Gastes Segestes gegen den Schwiegerohn sei. Im Gegenteil, nach am Abend vor dem Tage, den die Verschworenen für den Lebensfall verabredet hatten, waren die Cheruskerfürsten, wie so oft von Varus zum Gastmahl geladen. Bei dieser Gelegenheit griff Segestes zu einem letzten verzweifelten Mittel, indem er den Stat-

thalter aufforderte, ihn selbst, Armin und die Mitherschworenen in Fesseln zu legen. Das Volk würde ohne die Fürsten nichts wagen, und so gewänne er Zeit, die Schuldigen von den Unschuldigen zu sondern. Allein Varus blieb bei seiner Ansicht. Der körperliche und geistig schwer bewegliche Mann konnte sich zu einer solch ungewöhnlichen und energischen Maßnahme nicht entschließen. Am folgenden Tage brach das Unglück über ihn herein.

Auf dem weiten Plage vor dem Tribunal standen wie gewöhnlich Gruppen und Haufen von Cheruskern und erwarteten den Richterpruch des Statthalters in ihren wirklichen oder erdichteten Rechtsstreitigkeiten. Die römischen Soldaten waren dienstfrei, also nicht unter Waffen. Während nun der Herald die Parteien mit lauten Ruf vor das Tribunal zitierte — vielleicht war gerade der Heraldruf das verübete Zeichen — drangen die Cherusker plötzlich von allen Seiten auf Varus ein. Die drei Legaten, die wahrscheinlich den Statthalter mit ihrem Leibe bedeckten, waren die ersten Opfer; sie fielen, und Varus selbst wurde verwundet. Gleichzeitig war es auf die römischen Feldzeichen abgesehen: zwei Adler wurden ihren Trägern entwunden, den dritten riß der Adlerträger, ehe er den Germanen in die Hände fiel, von der Stange, verdeckte ihn unter seinem Wehrschut und verbergte sich damit in einem Sumpf. Da die Feldzeichen genommen waren, konnten sich die einzelnen, auf den Lärm herbeiziehenden Soldaten nicht zu Manipeln, Kohorten und Legionen zusammenfinden, und so löste sich alles, was nicht sofort von den heranströmenden Germanenmassen niedergemacht wurde, in eine regellose Flucht auf. Allen voran sprengten die Reiter in einer Stärke von drei Schwadronen unter dem Legaten Gola Numerius davon, dem Rheine zu, sie machten nicht einmal den Versuch, ihren Kameraden zu helfen. Sie verlangten übrigens nicht bis an den Rhein. Der Legat wurde unterwegs abgefangen und fand so als Deserteur ein uneheliches Ende. Nur der Lagerpräfekt Cagnus, der einzige Offizier, von dem Vellejus Rühmisches berichtet, daß er den

mann aus. Den Dank der Fraktion brachte kurz Abgeordneter O J a n n zum Ausdruck, der darauf hinwies, daß die Partei in einer Zeit, wo die Regierung schwach wurde, der Nation ein Beispiel der Kraft habe geben müssen. Sein Hoch galt der Partei. In ersten Worten kam Abg. Sieg auf das Verhältnis zur Landwirtsch. zu sprechen und auf den neu gegründeten Bauernbund, auf dessen Gedeihen er toastete. Abg. B a m h o f f, einer der Gründer des Bauernbundes, dankte und gab in großen Zügen ein Programm des Bundes. Der Frauen gedachte Abg. P r i n z S c h n a i c h - C a r o l a t h, auf die Presse brachte Abg. S e m l e r einen Toast aus.

Die Rede B a f f e r m a n n s hatte ungefähr folgenden Wortlaut:

Nach erster und doch uns alle erhebender Beratung versammelten wir uns hier zum festlichen Wahl. Es schien wohl manchem ein kühnes Unternehmen, mit so kurzer Vorbereitung einen Delegiertenkongress nach Berlin einzuberufen. Ueberschaue wie das heutige Resultat, so schlägt wohl jedes Nationalliberale Herz höher, wenn er an die Stunden denkt, in denen ernste Männer in schwerer Zeit zu einheitlicher Beschlußfassung kamen. Gleich doch die Partei einer großen Familie, und muß sich doch der Familienzusammenhang erproben in den Tagen und Stunden großer Freude und in den ersten Stunden, in denen Trauer und Schmerz an den Familienverband herantritt. Und das war der Sinn der Berufung dieses Delegiertenkongresses: in den Stunden, in denen von uns Abgeordneten gar mancher in jäheren inneren Kämpfen rang, was man zu tun, da ist der Gedanke geboren worden, das Land zu berufen und das Land zu hören. Daß dieser Entschluß ein guter war, ist in den Beratungen dieses Morgens klar geworden. In solchen Stunden, wie wir sie heute durchleben, in den Stunden, wo wir eine uns lieb gewordene Konstellation begraben, wo wir den B l o c k u n d G r a d e t r e a g e n und einen Kanzler scheiden sehen aus seinem Amte, der doch den festen Willen hatte, mit dem Liberalismus zu regieren und damit eine neu: innere Phase deutscher Politik zu beginnen — in diesen ersten Stunden schweift der Blick zurück in die Geschichte und zum Vordringen der nationalliberalen Partei. Wir schauen zurück nach jenen Zeiten der siebziger Jahre, dem goldenen Zeitalter der nationalliberalen Partei, in der wir, eine Partei, in der vielleicht das Schöne nach der Einheit, nach dem Reich, nach dem Kaiserthum am reinsten verkörpert war, das neue Reich und das einige Volk begründeten, jubelnd uns um den alten großen Kaiser scharten und dem großen Kanzler auf den Pfaden seiner auswärtigen und inneren Politik folgten. Wir schauen zurück nach jener großen Periode der siebziger Jahre, in der wir, die härteste Partei des Reichstages, das Reich ausbauen konnten und es erfüllen mit liberaler, konstitutionellem Geist. Und unser Blick schaut zurück in jene Jahre, die dann folgten. Discordia res maximae disabuntur, Uneinigkeit hat die nationalliberale Partei zerstört. Als wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund traten, da sind Freihändler und Schutzzöllner auseinander gefallen. Die Partei zerfiel in zwei Teile und die Einheit hat begonnen. Links von uns sah man Separatisten und Pullionen, alles Vordringende, die eine Stärkung des Liberalismus nicht anerkennen wollten. Und wenn Sie dazwischen stehen die heutige Einigkeit der Vertreter aus Nord und Süd, wenn wir darauf hinblicken, wie die Herzen hochmuth in der Niederlage schlugen, so erweckt in uns das Gefühl, daß eine neue Zeit anbricht und eine neue Zukunft für die nationalliberale Partei. Die nationalliberale Partei ist nicht die selbe geblieben. Es wäre auch traurig, wenn die große Entlohnung um uns herum auf einer solchen Partei vorübergegangen wäre. Wir haben Zeiten erlebt, in denen die aufstrebende Arbeiterbewegung und das Anwachsen der Industrie den Aufstieg der Sozialdemokratie zeitigte. Wir haben aber auch wieder, bei den Wahlen von 1907 erlebt, daß in weiten Kreisen der Arbeiterklasse die Erkenntnis an Boden gewann, daß die Sozialdemokratie eine Illusion ist, und wir sahen nationalliberale Abgeordnete in Wahlkreise zurückkehren, die man sich gewöhnt hatte, als Domäne der Sozialdemokratie zu betrachten. Das Bürgertum muß bereit sein, auch weiterhin von der Sozialdemokratie zurückstufende Arbeitermassen in sich aufzunehmen, und um das zu ermöglichen, werden Mittelhand und Industrie die sozialpolitischen Lasten tragen müssen. Wir haben zur Zeit Coprobitis eine andere Entlohnung: den Vordringen der Bauernbewegung und die Geburt des Bundes der Landwirte. Wir haben sein Aufsteigen, dann seine Krisis. Nun erleben wir die Verzweigung durch die Gründung des deutschen Bauernbundes. Wir sehen Zeiten, in denen ein Teil des Mittelstandes begann, sich von uns abzumenden und anderwärts sein Heil zu suchen. Heute sehen wir eine rückwärtige Bewegung und ein Abwenden von den antisemitischen Diktoren. Auch hier ein Auf und Nieder. Aber wenn die Partei auch Neues in sich aufgenommen hat, so lebt doch in ihr der alte Geist. Gerade die heutige Zeit weilt uns zurück auf Rudolph von Bennigsen und die alten Traditionen der Partei. Wenn der Liberalismus und wenn die verbündeten Organisationen eine Niederlage erlitten haben: wir lassen uns nicht entmutigen! Wir sind ein aufsteigendes Volk, auf allen Gebieten. Wir haben den deutschen Arbeiter, den Mittelhand, den Kaufmann, die Kapitäne in Industrie und Handel, zu denen wir aufrufen. Wir können durch die schlechtesten Minister (große Mehrheit) und durch die konservativ-liberale Verdrängerung nicht einzert werden! (Lebhafte Zustimmung.) Und der vaterländische Gedanke ist lebendig. Im manchen Mannes Auge sehen wir heute eine Träne hängen, als

Truppen ein herrliches Beispiel gegeben habe, machte Anstrengungen, einen Teil der Hiebenden zu sammeln. So zog sich der Kampf in der Ebene noch bis zum Abend hin. Die Reste der sammeltrommelnden Legionen waren zur Nacht ein notdürftiges Lager auf, und die Germanen ließen sie gewöhnen, schon um in aller Ruhe an den gefangenen Tribunen und Obercenturionen, den Vertretern der Armee nach dem Tode der Legaten, in den nahen Hainen die Strafe der Opferung vorzunehmen. Varus, der sich ebenfalls in dem Lager befand, gab sich, dem Beispiele seines Vaters und Grampaters folgend, aus Verzweiflung über die schimpfliche Niederlage selbst den Tod. In rührender Pietät vergaßen die Soldaten nicht, ihren Feldherrn zu bestatten. Aber in ihrer entsetzlichen Lage fehlte ihnen das Holz zu einem ordentlichen Scheiterhaufen; halbverbrannt begruben sie ihn. Das Kommando übernahm jetzt der Vizepräsident Sejanius; auch er war nicht der Mann, der durch entschlossenes Handeln und kluge Ausnutzung aller Vorteile die Rettung verjagte. Als Arminius, der sowohl den Ueberfall im Lager wie auch die späteren Kämpfe zeitleit hätte am Morgen die Häupter der getöteten Führer auf Felsen stellen und an das Lager der Römer herantragen ließ, schwand diesen der letzte Rest von Mut. Sejanius kapitulierte. Die Bedingungen der Uebergabe sind uns nicht bekannt. Wie es scheint, wurde denen, die ohne besondere Schuld waren, das Leben gesichert, denn noch 61 n. Chr. wurden Uebriggebliebene vom Heere des Varus aus den Händen der Chatten, wobei sie durch Schenkung oder Kauf gelöst sein mochten, befreit. Die meisten Gefangenen wurden jedenfalls nach damaligem Brauch zu Nechten gemacht. Ueber alle, die durch ränkevolle Prozesse Ueberführten zu schimpflichen Strafen oder gar zum Tode verurtheilt hatten, namentlich Adulphos und richterliche Beamte, verhängte Armin in einer rühmlichen Weise höhnisch nachahmenden Gerichtspraxis selbst die grausamen Strafen, die die Germanen zum Teil erst von den Römern gelernt hatten. Die Diktoren wurden wie Unfreie geknechtet oder geköpft.

„Deutschland, Deutschland über alles“ spontan aus Hunderten deutscher Mäuler erklang. Wir sind die alte Partei geblieben. Patriae in serviendo consumor, das wird der Grundsatz sein, so lange es Nationalliberale gibt. Der Reichsgedanke ist es, der uns elektrisiert, der nationale Gedanke, der sich auch in einer gerechten Steuerpolitik ausdrückt.“

## Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 6. Juli 1909

### Reichstagsberufung in Coburg.

Das Reichstagsmandat des Wahlkreises Coburg, in dem durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Justizrat Q u a r d eine Ergänzung erforderlich wird, ist den Liberalen sicher, und nach den Ergebnissen der letzten Wahlen ist auch die Erwartung berechtigt, daß die Nationalliberalen wieder siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen. Wenn auch die Freisinnigen mehr als 20 Jahre im Besitze des Wahlkreises waren, so ist ihre Position doch nicht mehr so stark, daß mit einem Erfolg ihres Kandidaten gerechnet werden dürfte. Coburg hat von 1867 bis 1881 nationalliberale Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Zunächst den Rechtsanwält Forstel, dann dessen Kollegen Wriegel, den Berliner Stadtrat Dr. Weber und schließlich wieder Forstel. 1881 wurde, nachdem Wäckerl, damals Angehöriger der Liberalen Vereinigung, wegen Doppeltwahl abgelehnt hatte, der berühmte Rechtshistoriker M a m m e n (Hil. Vg.) gewählt, an dessen Stelle 1884 der später geadelte Direktor der Deutschen Bank Dr. S i e m e n s und 1893 der Nürnberger Justizrat Wedd, beide freisinnig, traten. Erst 1903 gelang es den Nationalliberalen wieder, die Freisinnigen aus dem Wahlkreise zu verdrängen, nachdem in der Hauptwahl 3972 sozialdemokratische, 3787 nationalliberale und 3197 freisinnige Stimmen abgegeben worden waren, siegte der damalige Generalsekretär der nationalliberalen Partei Dr. P a g i t mit 5906 gegen 5553 Stimmen, die auf seinen sozialdemokratischen Gegner entfielen. Bei den letzten Wahlen konnten die Bürgerlichen ihre Stellung den Sozialdemokraten gegenüber insofern verbessern, als der Nationalliberale Quard mit 4437 Stimmen an die erste Stelle rückte und der freisinnige Lehrer Sander es auf 4128 Stimmen brachte, während der „Genosse“ Biehsch mit 4806 Stimmen in die engere Wahl kam, in der Quard mit 7852 gegen 4780 Stimmen gewählt wurde. Von den drei überhaupt in Frage kommenden Parteien werden wiederum zwei in der Stichwahl um das Mandat zu ringen haben. Selbst wenn aber die Freisinnigen die Sozialdemokraten aus ihr verdrängen sollten, was wenig wahrscheinlich ist, dürfte den Nationalliberalen der Sieg verbleiben.

### Die heftige Wahlrechtsreform.

Der Gesetzgebungsausschuß der Zweiten Kammer hat nunmehr die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet und die erste Abstimmung vorgenommen, die als Grundlage für die gemeinsamen Beratungen mit dem Gesetzgebungsausschuß der Ersten Kammer gelten. Die mit der Wahlrechtsvorlage verbundene Verfassungänderung wurde mit einigen Abänderungen zum Teil gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und freisinnigen Ausschußmitglieder angenommen. In Artikel 67, der das Reformkonstitutionsrecht festlegt, wurden die ersten beiden Absätze nach der Regierungsvorlage angenommen. Der Schlußsatz, der auch bei Ablehnung des Budgets durch die Zweite Kammer eine Durchstimmung festsetzt, wurde einstimmig gestrichen. Der Art. 77 wurde in der vom Abg. Wolf beantragten, abgeänderten Fassung angenommen. Das eigentliche Wahlgesetz fand in der Hauptstunde nach der Regierungsvorlage Zustimmung. Bei Art. 2, der über die Zusammensetzung der Ersten Kammer handelt, wurde die Position gestrichen, wonach ein Mitglied des Senats der Technischen Hochschule vom Großherzog berufen werden soll und dafür eine Zulagbestimmung angenommen, daß nach Verabschiedung des Reichsgesetzes über die Arbeitskammern die Regierung den Landständen eine Vorlage zu gehen lasse, wonach auch ein Vertreter der Arbeiterklasse auf Vorschlag der Arbeitgeber vom Großherzog für die Dauer des Landtages in die Erste Kammer berufen werden soll. Art. 3 der Vorlage über die Zusammenfassung der Zweiten Kammer wurde unverändert angenommen. Zu Art. 19, der das Wahlrecht der Städte regelt, nahm der Ausschuß einen Zusatzantrag des Abg. v. Breniano an, wonach die Wahl der Abgeordneten in den Städten Mainz, Darmstadt, Offenbach Worms u. Wiesbaden nach dem Proportionalverfahren erfolgen soll. Der Ausschuß gab hierzu einstimmig die Er-

Die Reide des Varus wurde wieder ausgegraben und ihr das Haupt abgetrennt, nicht aus Mitleid, sondern weil man auch an ihm die Strafe für die zahlreichen Hinrichtungen freier Germanen vollziehen zu müssen glaubte. Seftibacus, Segimer's Sohn, also Armin's Bruder, sandte es an Marobd, den Führer der Markomannen, wohl zu seinem andern Zweck, als ihn zu veranlassen, sich dem erfolgreichen Aufstande anzuschließen. Marobd aber wollte sich lieber den Römern gefällig erweisen und schickte es nach Rom, und trotz aller Schuld des Feldherrn wurde ihm hier die Ehre der Beisetzung im Erbgrabe seines Geschlechts zuteil. Es waren die 17., 18. und 19. Legion, dazu sechs Kohorten Bundesstruppen in einer Stärke von 17000 Mann, die so in der Schlacht im Jahre 9 n. Chr. vernichtet oder gefangen genommen worden sind. Wo der Hauptplatz dieses Kampfes zu suchen ist, wissen wir nicht. Jedenfalls zwischen Rejer und Reien, nicht fern der Lippe. Tacitus berichtet zwar, die Schlacht sei im Teutoburger Walde gewesen, aber welches Gebirge er unter diesem Namen verstanden hat, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es der lippsche Wald. Künftige Ausgrabungen werden erst volle Gewißheit bringen. Auch die Beschäftigung der von Schwannid gegebenen Darstellung des Schlachtemerkmals wäre ja noch abzuwarten.

## Bantes Feuilleton.

— Auf dem Reichenfeld von Wagram. Eine ergreifende Schilderung von dem entsetzlichen Anblick, der sich nach der am 6. Juli 1809 geschlagenen Schlacht bei Wagram auf dem umgebenen weiten Schlachtfeld darbot, gibt der jährliche L'Esprit Mille von Villeniers in den Briefen an seine Schwester, die uns durch einen dankenswerten Neubruck in den im Hamburger Utenbergverlag erschienenen „Selbstgedenken aus dem Kriegsjahre 1809“

Klärung ab, daß er für die Proportionalwahl im ganzen Lande sei. Bei der Ausschüttung dieser Forderung durchzuführen, habe er indessen nur für die fünf größten Städte des Landes den Vorschlag beibehalten. Die definitive Stellungnahme zur Wahlkreisverteilung soll erst nach einer neuen Bearbeitung erfolgen. Die Mehrheit des Ausschusses gab der Meinung Ausdruck, daß bei Einführung des direkten Wahlrechts das Mandat der noch für drei Jahre gewählten Abgeordneten nicht erlöschen solle.

## Deutsches Reich.

— Eine jungkonservative Partei soll, wie mehreren auswärtigen Blättern aus Berlin berichtet wird, in der Bildung begriffen sein. Man führt ihre Entstehung auf die Gegenjahre in der Erblichkeitssteuerfrage und anderen schwebenden Fragen zurück, die zwischen der konservativen Parteilichung und einigen konservativen Vereinen entstanden sind.

— Fählung unter den liberalen Parteien. Die Vorstände der jungliberalen Vereine R i n und M ä h e i m a. M. haben folgende Resolution einstimmig gefaßt: „Die Ereignisse der letzten Wochen, in denen die Reaktion drohend ihr Haupt erhob, erheischen es, daß die Liberalen aller Schattierungen zu gemeinsamem Handeln sich zusammenschließen, weshalb wir den Vorstand der Nationalliberalen Partei dringend bitten, die nunmehr ausgenommene Fählung mit den anderen liberalen Gruppen ausrecht zu erhalten und auch in Zukunft in allen Fragen möglichst geschlossen vorzugehen.“

— Wegen der Haltung der Konservativen zur Finanzreform beruft, wie aus Dresden gemeldet wird, der sächsische konservative Landesverein eine außerordentliche Sitzung ein, um das zukünftige Verhältnis des sächsischen zum preussischen Konservatismus festzustellen.

### Der Rennfahrer Dreuer vor Gericht.

(Von unserem Korrespondenten.)

sh. Trier, 5. Juli.

Unter starkem Andrang des Publikums begannen heute vormittag vor dem hiesigen Schwurgericht die erneuten Verhandlungen in dem Aufsehen erregenden Strafprozeß gegen den Berliner Rennfahrer Josef Dreuer, der beschuldigt ist, den Mädelbesitzer Ferdinand Rothornet aus St. Vith in der Eifel getötet zu haben. Bekanntlich sprach Dreuer im März schon einmal wegen dieser Tat vor dem hiesigen Schwurgericht, doch mußte die Verhandlung damals schließlich abgebrochen werden, da die ursprünglich nur auf Totschlag lautende Anklage vom Staatsanwalt im Laufe der Verhandlung auf Mord ausgedehnt worden war. Wie damals, so hat sich auch heute besonders aus der Eifelgegend ein zahlreiches, an der Mordsache lebhaft interessiertes Publikum eingefunden, das den engen halbdunklen Zuhörerraum des Schwurgerichtssaales schon lange vor Beginn der Verhandlung besetzt hält. — Den Vorsitz führt wiederum Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Dr. Schneider, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Schulte und die Verteidigung des mittelgroßen, sympathisch aussehenden, aber jetzt in sehr gedrückter Stimmung befindlichen Angeklagten hat Rechtsanwalt Frank-Trier.

Unter den aufgerufenen circa 70 Zeugen befinden sich zahlreiche Berliner Kriminalbeamte, so die Kriminalkommissare von F r e s s e w i l und H., deren bekanntester das Verzeat für homosexuelle Angelegenheiten und Mädchenhandel unter sich hat und auch im Prozeß G u l e n b u r g und anderen Sensationsprozessen der letzten Jahre aus F. 175 eine Rolle spielt. Ferner sieht man eine Reihe Berliner Lebedamen, Berliner und Münchener und Kölner Rennfahrer, Uebungsnetten aus verschiedenen Parteeien, in denen der sehr leichtsinnige Angeklagte in den letzten Jahren verkehrt hat. Auch die Kaitresse des verurteilten Angeklagten befindet sich unter den Zeugen. Ebenso sind die bekannten Rennfahrer R o s t - M i n d e n, P e t e r s - A n d e n geladen, die jedoch bisher nicht erschienen sind. Wohl hat sein Erscheinen von einer Summe von 10000 M. abhängig gemacht, wenn er an den Rennen in der Schweiz und Süddeutschland nicht teilnehmen könne. Von der Verteidigung ist der inzwischen zum Tode verurteilte frühere Trierer Stadtbautechniker M a a g h geladen, der seinerzeit im Schnellzug von Koblenz nach Trier seinen Freund Regel ermordete und zwar ebenfalls aus homosexuellen Gründen. Mit diesem M a a g h soll der Angeklagte einen lebhaften Verkehr unterhalten haben.

Dreuer ist am 19. Mai 1880 in Berlin geboren und hat sich nachdem er kurze Zeit Bergarbeiter gewesen war, dem Radsport gewidmet; doch wurde er weniger durch seine Erfolge auf der Rennbahn als durch sein ausschweifendes Leben bekannt. Obwohl er verheiratet und Vater zweier Kinder ist, hielt er sich eine Kaitresse in der Person der Zengin Grete S c h m i d t, gen. Luise v. Winterfeldt aus Berlin, der er eine herrliche Wohnung für den jährlichen Mietspreis von 15000 M. in der Wurmstraße,

wieder zugänglich gemacht werden. „Denke Dir eine große weitenweite Ebene mit dünnem Stroh und vielleicht 2000 unbedeckten Leichen bedeckt, die Dörfer in Stein- und Weidenhäusern verwandelt, alle Einwohner geflüchtet, keinen Baum und kein Wasser weit und breit, in der glühenden Sonnenhitze der Hundstage. Und mitten in dieser lieblichen pestilenzhaften Wüste vielleicht ein paar hundert tödlich verwundete Menschen, seit drei Tagen in schmachlicher Einsamkeit und Hilflosigkeit verdammt, ohne Verband, ohne Speise und Trank, ohne einen menschlichen Laut als die eulfernten Rammerrufe gleicher Bergzweigung hingeworfener Brüder, und statt der Hoffnung nach Rettung nichts als die gewisse Aussicht auf einen langsamen, elenden und qualvollen Tod.“ Nichte unternimmt mit einigen Begleitern einen Samozentritt durch dies Gefild des Grauens. „Einer von den Verwundeten lag aufrecht in einer Furche, im Umkreise einer Armeslänge um sich herum alle Wurzeln angerupft; Darf und Dige hatten ihn der Stimme und des Augenlichts beraubt. Wir redeten ihn in mehreren Sprachen an, er schien uns aber nicht zu verstehen, mit dem Kopfe schüttelnd deutete er bloß unter leiserem Gemurmel auf den verrottenen Mund, und als wir ihm zu trinken gereicht, führte er das Gesicht mit großer Hastigkeit an die Lippen, oder soviel wir wahrnehmen konnten, vermochte er nicht mehr hinauszuschlagen. Andere lagen wenige Schritte von dem lumpigen Leiche, die leeren Scherben, welche ein mitleidiger Unglücksgefährte ihnen früher mochte zugezogen haben, zur Seite, aber unvermögend, auch nur diese geringe Strecke sich heranzuwälzen. Der großen Hitze wegen waren fast alle Wunden bereits brandig und mit Würmern angefüllt, und nur zu wahrscheinlich war alle Hilfe zu spät. Der kleine Vorrat an Lebensmitteln, den wir uns mitgenommen, war halb verteilt, wir vermochten den später aufgefundenen nichts mitzutheilen, als den leidigen Trost, daß man Kastanien treffe, sie abzuholen. An manchen Orten war der Geruch so unerträglich, daß wir uns eiligst davon machen mußten, und vielen konnten wir nur aus der Ferne durch Winke andeuten,

im sogenannten Bayerschen Viertel, in Berlin eingerichtet hatte, während seine Frau in den kümmerlichsten Verhältnissen in Lüttich in Belgien lebte. Daneben unterhielt er auch noch Verkehr mit einer ganzen Reihe anderer Frauenzimmer, die er in den Hochlokalen der Berliner Friedrichstraße aufgegriffen hatte. Alle Welt glaubte, daß er sein Geld aus dem Hazardspiel, dem er eifrig huldigte, ziehe, während er in Wirklichkeit von den Erpressungen lebte, die er in homosexuellen Kreisen anstrebte. Er war dort eine sehr stark begehrte Persönlichkeit und speziell im Rheinlande besaß er viele Freunde, die er, sobald ihm die Mittel einmal ausgegangen waren, besuchte. In diesem Kreise gehörte auch der ermordete Mühlenbesitzer Mathonet, der in der ungeheuerlichen Weise von dem Angeklagten geschöpft worden sein soll.

In Berlin wachte niemand von diesem Verhältnis, vielmehr erzählte der Angeklagte stets, daß er bei einer Köln'schen Bank ein Guthaben besaß, bei der er persönlich vorkommen müsse. Von solchen Reisen, die 2 bis 3 Tage dauerten, brachte er 50-60 000 Mark mit, die er ebenso schnell vergenete, wie alles, was er vorher besessen hatte. Für Seltgeloge und im Spiel gab der Angeklagte das Geld mit vollen Händen aus. Er fiel dadurch selbst in Rennfahrerkreisen, die als lebenslustig bekannt sind, auf. Bezeichnend ist, daß bei der Verhaftung des Angeklagten durch aufgefundenen Briefe sich herausstellte, daß er sich ebenfalls in den Händen von Erpressern befand, und daß zu diesem Kreise auch der fiesbrüchlich verfolgte Rennfahrer Peters gehörte. Der Angeklagte will zu dem homosexuellen Verkehr durch einen Grubeningenieur verführt worden sein. Von diesem Zeitpunkt an arbeitete er nicht mehr, sondern lebte von dem schimpflichen Gewerbe der männlichen Prostitution. In den beschlaggenommenen Briefen wurde dem Angeklagten angedroht, daß man ihn „alle werden“ lassen würde, wenn er den an ihn gestellten Wünschen nicht nachkomme.

Die Tat, um die es sich bei der Anklage handelt, geschah am 14. Oktober. An diesem Tage war Breuer nach Köln gekommen, nachdem er ein Rennen in Berlin mitgemacht hatte. Auch in Köln wollte er angeblich ein Rennen mitmachen, gab aber an, daß er zu nervös sei und daher zunächst nach dem Kurorte Gerolstein im Eifelgebiet fahren wolle, um sich zu erholen. Dort traf er mit dem Mühlenbesitzer Mathonet zusammen, den er in Wirklichkeit schon vorher telegraphisch zu der Zusammenkunft aufgefordert hatte. Mathonet war früher ein sehr vermöglicher Mann, kam aber schließlich in seinen Verhältnissen, wahrscheinlich wegen seiner homosexuellen Neigungen, zurück. Er war verheiratet und hatte mehrere Kinder, lebte aber von seiner Frau getrennt. Der Aufforderung des Angeklagten zu einem Stelldichein war Mathonet sofort nachgegeben, da er die Drohungen des Angeklagten fürchtete. Es scheint nun, daß Breuer auch bei dieser Zusammenkunft wieder mit Geldforderungen an Mathonet herantreten ist und diesen auf seine Weigerung mit dem Revolver niederknallte. Mathonet's Frauen, unmittelbar nachdem zwei Schüsse gefallen waren, in der Nähe des Totortes befindliche Feldarbeiter den Angeklagten mit der rauschenden Pistole in der Hand, während Mathonet am Boden lag. Einer der Jungen will sogar deutlich gesehen haben, wie Breuer auf den vor ihm gehenden Mathonet geschossen habe. Als die Arbeiter herbeieilten, machte Breuer einen Fluchtversuch, wurde aber sofort festgenommen.

Der Angeklagte behauptet demgegenüber, daß Mathonet in seiner Gegenwart Selbstmordgedanken geäußert und vorher erklärt habe, daß er lebensüberdrüssig sei. Aus einem Depeschenwechsel, den Breuer vor der Abreise von Berlin mit Mathonet pflog, sowie aus zahlreichen anderen Tatsachen, ebenso wie aus der Beweisführung im ersten Prozeß schließt der Staatsanwalt, daß nicht etwa der tödliche Schuß nach einem Streite zwischen den beiden gefallen sei, sondern daß der Angeklagte die Tat mit Ueberlegung ausgeführt habe, so daß sich die jetzige Anklage wegen Mordes rechtfertigt. Die Bildung der Geschworenenschaaf nimmt lange Zeit in Anspruch. Darauf erfolgt die Personalfeststellung durch den Vorsitzenden. Der Staatsanwalt beantragt jedoch vor Eintritt in die materielle Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit, da Dinge zur Sprache kommen würden, die geeignet seien, die öffentliche Sitte zu gefährden. Der Gerichtshof gibt nach kurzer Beratung diesem Antrage statt, gestattet aber den anwesenden Vertretern der Presse den Aufenthalt im Gerichtssaale unter der Bedingung, daß über die Verhandlungen in durchaus dezentem Weise berichtet werde. Der Vorsitzende beginnt nunmehr mit der Vernehmung des Angeklagten. Breuer macht seine Angaben mit leiser

Stimme und ziemlich unsicher; die lange Untersuchungshoft hat erschöpfend seine Energie geschwächt. Neue Momente gegenüber der ersten Verhandlung kommen nicht zutage. Breuer bleibt bei seiner Darstellung, daß Mathonet sich selbst erschossen habe. Seine homosexuellen Beziehungen zu dem Toten gibt der Angeklagte zu.

### Aus Stadt und Land.

Mannheim, 6. Juli 1906.

\* Als Mitglied des Stadtrats wurde heute vom Bürgerausschuß anstelle des verstorbenen Daniel Groß Mayormeister Jakob Groß mit 89 Stimmen gewählt. Das Vorschlagsrecht hatte die Rath. Partei. Wir sind sehr dankbar überzeugt, daß der Stadtrat in Herrn Groß eine tüchtig: Kraft erhalten wird. Mit besonderer Befriedigung wird namentlich der Handwerker- und Gewerbeausschuß die Wahl begrüßen.

\* **Übung der Freiwilligen Feuerwehr.** Abende Helme und schmutz Uniformen brachten gestern nachmittag willkommene Abwechslung in unser Straßenbild; Trommelschlag, Hornsignale und klingende Marschmusik unterbrachen die Eintönigkeit des Alltagslebens. Unsere Feuerwehr war mobil und schickte sich an zur Sommerbeerschau, die den Abschluß des ersten Übungshalbjahres bildet. Tambour battant rüdten die Kompagnien nach dem Marktplatz, wo die Geräte und Mannschaften wohl geordnet in Reih und Glied, zur Inspektion aufgestellt wurden. An 200 Mann waren da gegen 7.15 Uhr versammelt. In diesem Zeitpunkt traten die Herren Polizeidirektor Dr. Korn, Bürgermeister Dr. Finter, Stadtrat Denzel und Michel und eine stattliche Zahl von Vertretern der Bahnhofsfeuerwehr, der Wehren der Zellulosefabrik Redarun und der Orte Feudenheim und Seckenheim unter Führung des Kommandanten Molitor einen Rundgang durch die Paraderreihen der Mannschaften an. Herr Dr. Korn unterhielt sich in freundlicher Weise mit zahlreichen Beurlaubten. Dann wurden Schulübungen der Pompiere durch Hauptmann Grellner und der Steiger und Leitersmannschaften durch Hauptmann Witzigmann vorgeführt. Gegen 8 Uhr war die Inspektion beendet, und das ganze Feuerwehrbataillon rüdte, die Gäste an der Spitze, nach den kleinen Plätzen in O 6, wo das dem Abbruch geweihte Trammannsche Magazin und die ganze Front bis O 6, 1 ein prächtiges Übungs- und Angriffsspektakel darboten. Zuerst wurde die 3. Kompagnie mit dem Übungsvorgaben; dann kamen die übrigen Kompagnien, die in den Seitenstraßen in Bereitschaft standen, an die Reihe.

Recht interessant waren die Übungen mit den neuen, sehr praktischen Rettungsschläuchen. Der zweite Angriff wurde von den zahlreichen erschienenen Zuschauern besonders lebhaft begrüßt, da er mit Wasser ausgeführt wurde. Vom Erhitzen des Feuersignals an, das die 3. Kompagnie aus ihrer Feuerstellung heraus zum Angriff herbeirief, bis zu dem Augenblick, wo aus dem Strahlrohr der vollständig ausgehobenen Wassermasse der erste Wasserstrahl hervorströmte, vergingen nicht ganz 2 1/2 Minuten. Das war eine schöne Leistung, wobei noch besonders erwähnt sein müßte, daß alles ohne Verletzung und ohne Asten und Schreien, nur nach kurzen Signalen ausgeführt wurde. Pünktlich erkante das Signal: Das Ganze halt! Herr Polizeidirektor Dr. Korn, die Herren Stadträte Denzel und Michel, denen sich noch die Herren Stadtratsordner Dr. Jordan und Dr. Weinger angegeschlossen hatten, beschleunigten unter Führung des Kommandanten die Stellung und sprach sich sehr anerkennend über das Geleistete aus. Um 8 1/2 Uhr war die Übung beendet. Das Gesamtobjekt wurde, die wohlgeschulte Feuerwehrkapelle an der Spitze, nach dem Marktplatz. Bei der unteren Pfarrstraße fand der Vorbeimarsch vor dem Kommando statt, und es war eine Freude, einen Wind in die Augen der krammen Schritte vorübergehenden tapferen Wehrleute zu werfen. Darnach begaben sich die Offiziere der hiesigen Wehr mit ihren Gattinnen nach dem „Weinberg“, wo in zwei gemüthlichen Stunden noch manche launehaftigste Wort gesprochen und manch lustiger Handdruck gegeben und empfangen wurde.

\* **Denkmal für König Ludwig II. in München.** Der Verein zur Erbauung desselben bedürftlich wieder einen Aufsatz, in welchem alle Patrioten und Kunstfreunde um weitere Spenden oder um den Beitritt zum Verein ersucht werden. Die Sagenvereine in den größeren deutschen Städten haben bereits namhafte Beiträge zu diesem Denkmal aufgebracht, zum Teil durch Veranstaltung von Matineen unter Mitwirkung erster Kräfte der Bühne. Auch der Bayerische Hilfsverein Mannheim hat in seiner jüngsten Versammlung wieder einen Beitrag zu dem vaterländischen Werke bewilligt. Da ihm jedoch hierorts die Möglichkeit zu öffentlichem Auftreten für obigen Zweck nicht geboten ist, so ersucht der Vorstand alle hier wohnenden Landleute, sowie die zahlreichen Verehrer des so tragisch aus dem Leben geschiedenen künftigen Königs und alle kunstfreundlichen Mannheims um eine Spende zur Bereicherung des Denkmalsfonds. Letzterer beträgt jetzt 150 000 M., ist jedoch zur Ausführung des Denkmals noch unzureichend. Das Denkmal wird seinen Standort auf dem südlich der Cornuliusbrücke in München ausgebauten Friedhofsvorplatz gegenüber der Einfahrt zum Deutschen Museum erhalten und zwar in Form eines 12 Meter hohen Monumentalbaues, in dem die nahezu 4 Meter hohe, den König im Anordnungsornat darstellende Bronzehalke zu stehen kommt. Die Enthüllung ist auf den 25. Todestag König Ludwigs, also 1911, geplant. Der genehmigte Entwurf zum Denkmal kann beim Vorsitzenden des Bayerischen Hilfsvereins Mannheim, Herrn Andr. Obermayer, E 6, 2 eingesehen werden, welcher letzterer auch Beiträge zu dem Denkmalsfonds entgegenzunehmen bereit ist. Jede, auch die kleinste Spende wird dankend quittiert.

\* **Nicht-Corn-Ausstellung.** Freitag früh wird der Circus Corti-Ausstellung hier eintriften, um sofort mit dem Aufbau seines eleganten Zeltzirkus auf dem Wehlplatz zu beginnen. Direktor Pierre Aichoff ist dem hiesigen Publikum ein guter Bekannter, der auch mit seinem Unternehmen sehr befriedigende Erfolge zu verzeichnen hatte, indem er immer vom Besten das Beste brachte. Auch in diesem Jahre werden er und seine Frau uns mit einer großen Anzahl neuer Dressuren erfreuen. Ein Aktiensenjembale aller Nationen wird die Besucher mit ihren Produktionen zu Pferde, im Parkette und an Apparaten unterhalten. Trotz des großen, äußerst kostspieligen Programms, welches Herr Direktor Aichoff hierher bringt, sind die Eintrittspreise sehr gering gestellt. Es sei auf Ansuchen der Direktion des Circus Corti-Ausstellung besonders darauf hingewiesen, daß es sich nicht um das Unternehmen handelt, welches im vorigen Jahre hier aufspielte; im übrigen ist Circus Corti-Ausstellung durch sein erfolgreiches Gastspiel im Jahre 1905, während dem er 16 Tage lang in Mannheim andauernd: Häuser erglänzte, ja bestens bekannt und eingeführt.

\* **Gesangswettstreit.** Man schreibt uns: Von Mannheim aus wurde dem Gesangverein Viederkrantz Langen Ihre werthe Zeitung zugestellt, die einen Artikel enthält, der besagt, die Sängerklaue Mannheim hätte in Harter Konkurrenz

bei dem Gesangswettstreit in Worms den 1. Preis sowie den Ehrenpreis davongetragen. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Der Gesangverein Viederkrantz Langen erhielt bei dem aufgegebenen und freigewählten Chor laut Punktzierung der Herren Preisrichter 260 Punkte, die Sängerklaue Mannheim dagegen 230, blieb also in einer Minderheit von 30 Punkten. Von einem 1. Preis der Sängerklaue kann also keine Rede sein. Bei dem Vorerfahrungen bestand dasselbe Verhältnis, indem der Viederkrantz 122 Punkte erzielte, die Sängerklaue dagegen nur 116. Der Preisrichter des 1. sowie des ersten Ehrenpreises blieb also der Gesangverein Viederkrantz Langen.

### Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 6. Juli.

Uebürgermeister Martin eröffnet die Sitzung um 8 1/2 15 Minuten in Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Die Galerie ist nur schwach besetzt.

Verlesung der hiesigen Rechnungen für das Jahr 1906. Stv. A. Juhlba empfiehlt die Verlesung, welchem Ersuchen des Kollegiums einstimmig nachkommt.

Erwerb und Verpachtung von Liegenschaften.

Es sind 5 Grundstücke im Maß von 80 Ar auf der alten Gemarkung Mannheim und auf ehemaliger Redaruner und Kästertaler Gemarkung zum Preise von 14 588 Mark erworben worden. Der Bürgerausschuß wird um nachträgliche Genehmigung zur Erwerb der Grundstücke und zur Verwilligung von 16 000 Mark und zur Genehmigung der Verpachtung eines Ackers ersucht.

Stv. A. Juhlba begründet die Vorlage und empfiehlt für zur Ausnahme, was auch einstimmig geschah.

Erwerb des Reichsbankgebäudes, N 2, 3.

Angefordert werden 27 000 Mark.

Stv. A. Giesler, der die Vorlage begründet, ersucht den Bürgerausschuß um Genehmigung der Vorlage. Der Preis sei ganz angemessen.

Stv. A. Fliegner glaubt, daß die Stadt bei dem Kauf etwas vortheilhaft gehandelt habe. Wir sind nicht gegen die Vorlage, aber die Stadtgemeinde hätte nicht mit einem so hohen Angebot an die Reichsbank herantreten sollen. Die Stadt hätte viel bedeutend billiger in den Besitz des Gebäudes gelangen können, wenn sie vielleicht in dieser Beziehung etwas vorsichtiger vorgegangen wäre.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, daß der Preis der Stadtgemeinde für das Gebäude sich ganz nach den Vorschlägen der Schätzungskommission richte. Im allgemeinen habe er noch keine Beschwerden darüber gehört, daß die Schätzungskommission zu hoch schätze. Sie schätze vielmehr wohl etwas zu niedrig und zwar besonders dann, wenn die Stadt etwas kaufen wolle. Er glaube, daß die Schätzungskommission sehr vorsichtig geschätzt habe. Wenn man das Reichsbankgebäude zu dem vorgeschlagenen Preise erhalte, so glaube er nicht, daß die Stadtgemeinde ein schlechtes Geschäft gemacht habe. Ob der Kaufpreis billiger geworden wäre, wenn man länger gewartet hätte, beweise er sehr. Nach den früheren Erfahrungen hätte sich der Preis jedenfalls noch mehr gesteigert. Nebenher verweist dann auf verschiedene Städte, die zur Erwerb zentral gelegener Gebäude zur Vergrößerung der hiesigen Räumlichkeiten Schritte machten. Darnach zahlte Karlsruhe pro Quadratmeter M. 206, Heidelberg M. 217, München M. 260 und Frankfurt M. 400.

Stv. A. Juhlba ist der Ansicht, daß die Stadt nicht das Risiko auf sich nehmen konnte, den Kauf des Gebäudes noch hinauszuwickeln. Wenn ein anderer Käufer gekommen wäre, so hätte sich ein Sturm der Entrüstung erhoben. Der Stadtrat konnte nicht anders handeln und er möchte bitten, der Vorlage zustimmen zu lassen.

Stv. A. Süßkind weist darauf hin, daß sämtliche Agenten und Baumeistern das Gebäude zu teuer war. Dann erst sei der Preis dem Stadtrat gegenüber ermäßigt worden. Der Vorgang der sich hier abgespielt habe, erinnere an die Erwerbungen der Kasernen. Der Stadtrat dürfte beim Kauf von Gebäuden etwas mehr Routine entwickeln. Bei der Reichsbank müsse direkt der Höchstpreis bezahlt werden. Das Haus sei in gutem Zustande für ein Bankgebäude. Aus dem Kauf könnten leicht 15 000 Mark herausgewirtschaftet werden.

Oberbürgermeister Martin kann den Ausführungen des Vorredners nicht beipflichten, denn der Vorgang habe sich ganz anders abgespielt. Er habe den Herrn Reichsbankdirektor bei Bekanntwerden des Verkaufs des Gebäudes ersucht, der Stadtgemeinde Mitteilung davon zu machen, ehe sich andere Interessenten mit dem Kauf befaßten. Stv. Süßkind meint, daß man dieses nicht hätte tun dürfen. Ja, wenn aber die Reichsbank das Gebäude an einen Interessenten veräußert hätte! Glauben Sie dann, daß es uns der betreffende Interessent billiger überlassen hätte. Dann hätten wir dem Zwischenhändler des Profits ganz ungenügend Weise bezogen müssen. Es hätte dann geheißen, mehr zu bezahlen oder zu verzichten! Der hier genannte Preis sei ein ganz angemessener.

Stv. Seiler bemerkt, der gegen den Stadtrat gerichtete Vorwurf der Voreiligkeit sei hinfällig. Das Gebäude werde noch viele Jahre Dienste leisten. Der Grund und Boden koste nicht 247 Mark pro Quadratmeter, sondern viel weniger, denn das Gebäude habe auch effektiven Wert. Die sehr die Behauptung richtig sei, geht aus dem Steuerantrag (350 000 M.) hervor. Der Stadtrat habe sich durch die Sicherung des Gebäudes einen Verdienst erworben. Mit der Heranziehung von Agenten zu Grundstückskäufen sei er nicht ohne weiteres einverstanden. Bei einem Zwangsverkauf sei der Eigentümer durch einen vom Stadtrat beauftragten Agenten schwer geschädigt worden. Der Stadtrat hätte dies verhindern müssen. Es handle sich um ein Haus in F 7, das der Stadtrat hätte aus freier Hand erwerben müssen.

Oberbürgermeister Martin stellt fest, daß dem Manne ein annehmbares Angebot gemacht wurde, daß er aber mit dem „Spieß in der Hand“ nicht zuschicken gewillt sei. Das Haus sei dann versteigert worden.

Stv. Seiler erwidert, die Stadtgemeinde sollte sich im Prinzip an Zwangsversteigerungen überhaupt nicht beteiligen. Stv. Hoffmeister wünscht, daß auch die in der Zwangsversteigerung erworbenen Gebäude vom Bürgerausschuß genehmigt werden.

Oberbürgermeister Martin sagt zu, daß dies geschehen werde.

Stv. Süßkind fragt, ob Herr Seiler die Ansicht habe, den Grund und Boden künstlich zu steigern. Auf der einen Seite steigere man den Grund und Boden und auf der anderen Seite schreie man, wenn die Steuerbehörde die Einschätzung mache.

Stv. Reibel berichtet über die Art der Schätzung der Schätzungskommission. Das Grundstück habe einen Geländewert von 150 Mark pro Qm. Dazu komme der Wert von 110 000 Mark für das Gebäude. Der Stadtrat habe aufgrund der Schätzung einen Preis von 270 000 Mark für angemessen er-

achtet. Das Haus sei in gutem Zustande und für Bureauzwecke sehr geeignet. Ein Südfeld habe allerdings recht, wenn er sage, sein Baumeister hätte das Haus kaufen können. Man hätte zwei Gebäude daraus machen und infolgedessen das Haus vollständig abreißen müssen. Für Wohnzwecke sei das jetzige Gebäude vollständig ungeeignet, aber für Bureauzwecke eigne es sich ganz gut.

Stv. Seiler erwidert dem Stv. Südfeld, daß die Schätzung der Steuerbehörde für das Reichsbauamtgebäude auf 2.350.000 laute. Man könne also nicht sagen, daß zu teuer gekauft worden sei.

Stv. Wub trägt an, ob sich der Stadtrat schlüssig gemacht habe, was die Einrichtung des Gebäudes koste. Man sehe beim Kaufhaus, wohin es führe, wenn man nicht sich vorher genau vergewissere, wie die Neueinrichtung beschaffen sein solle.

Oberbürgermeister Martin erwidert, es sei ganz unmöglich, sich heute schon über die Zweckbestimmung des Gebäudes schlüssig zu machen. Es kommt hierbei ganz darauf an, welche Aemter hinein kämen. Aber generell könne er sagen, daß der Stadtrat entschlossen sei, keine große Einbauten zu machen, sondern nur das Aemterverhältnis aufzuheben.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

**Umbau des Reichsbauamtes.**

Zu bewilligen sind 600.000 M.

Stv. B. Fuld a bespricht in längeren Ausführungen, die mit gutem Humor gewürzt sind, die stadtträuliche Vorlage und kommt zu dem Schlusse, namens des Stadtverordnetenvorstandes zu bitten, die Vorlage anzunehmen.

Der Redner ist nur schwer verständlich, da er sich nicht wohl fühlt und deshalb nicht laut sprechen kann. Die gemischte Kommission, die die Ueberschreitungen geprüft habe, habe gewissenhaft und gründlich gearbeitet. Die Kommission habe ganz besondere Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, wie aus dem Bericht hervorgehe. Er sei der Ansicht, daß eine Verbeßerung in der Lage sein müsse, jederzeit alle notwendigen Ausschüsse zu geben über den Stand der Arbeiten, über die Geldverwendung und über das Verhältnis der Geldauswendung zu den bewilligten Mitteln. Es wäre interessant zu erfahren, ob die Arbeiten, im Betrage von 74.000 Mark, die noch nicht in Angriff genommen seien und deshalb noch bewilligt werden müßten, auch wirklich noch nicht in Angriff genommen seien. (Oberbürgermeister Martin: Ja!) Diese Bewilligung sei ein kleines Pfändchen auf die Bunde. Das Recht des Bürgerausschusses werde hier wenigstens einmal gewahrt. Er möchte mit dem Hochbauamt nicht zu scharf ins Gericht gehen, weil er ausgehen müsse, daß besondere Schwierigkeiten zu bewältigen waren, die nicht vorausgesehen werden konnten. Der Redner geht dann auf die Ueberschreitungen im einzelnen ein.

Stv. Sator berichtet über die Kommissionsberatungen. Ein vollständiges Material stand den Kommissionsmitgliedern nicht zur Verfügung. Es wurde erst noch und noch beigebracht. Die Begründung der Ueberschreitungen des Hochbauamtes war derart mangelhaft, daß selbst Herr Oberbürgermeister Martin diese mehrfach wieder an das Hochbauamt zurückgeben lassen mußte. Der Voranschlag des Hochbauamtes sei durch ein einfaches Rechenexempel angefertigt worden. Ein genau spezifizierter Voranschlag sei nicht gemacht worden. Redner bespricht dann die einzelnen Bauebenen; mit dem System der getrennten Weise müsse getrieben werden, denn dadurch würde das Bauen hier viel zu teuer. Das Hochbauamt halte jedoch sein System gegenüber den hiesigen Baumeistern für das Beste, ja selbst besser als dasjenige bei Staatsbauten. Das sei eine Ueberschätzung und er verweise nur auf die Töchterchule und noch mehr auf die Schillerchule. Er habe gehört, daß ein Gipsermeister allein einen Gewinn von 20 bis 35.000 M. eingeheimt habe. Man wolle zugeben, daß bei einem derartigen Umbau die vorgeschriebene Zeit nicht eingehalten werden könne. Das Vergütungssystem des Hochbauamtes lasse zu wünschen übrig. Es verberge immer erst eine Arbeit, wenn die andere fertig sei, während in der Praxis mehrere Arbeiten zu gleicher Zeit vergeben werden. Ein Urteil, ob man das Hochbauamt für die Ueberschreitungen verantwortlich machen könne, überlasse er dem Kollegium. Wenn ein Privatarchitekt solche Ueberschreitungen macht, so wird er schnell zur Verantwortung gezogen. Er siehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Hochbauamt mit einer minimalen Ueberschreitung hätte auskommen können.

Was das wichtigste und dringlichste ist, daß der Stadtrat durch Herrn Oberbürgermeister Martin habe erklären lassen, daß er keine bauliche Vorläufe vor den Bürgerausschuss mehr kommen lassen werde, die nicht genau spezifiziert und von Bauaufsichtsbüro geprüft worden sei. Dadurch werde immerhin eine Garantie geboten, daß man sich ungeheuerliche, das Ansehen der Stadt Mannheim schwer schädigende Ueberschreitungen in Zukunft nicht mehr erleide. Man wolle mit der Annahme der Vorlage die unangenehmen Akten des Reichsbauamtes schließen. Trotzdem sei er aber von seiner Fraktion beauftragt, dem Hochbauamt die einschlägige Mißbilligung auszusprechen, daß es Änderungen vorgenommen hat, welche eine beträchtliche Ueberschreitung des Voranschlags zur Folge hatten, ohne die Ermächtigung von der zuständigen Stelle zu haben. Gleichartig müsse er aber erklären, da der Stadtrat den Vorwurf nicht erheben könne, daß er Änderungen getroffen hat, die eine Veränderung des Baues bedeuten und eine beträchtliche Mehrauswendung herbeiführen. Die Rechte des Bürgerausschusses seien dadurch verletzt worden. Es werde erwartet, daß solche Vorkommnisse sich nicht mehr wiederholen.

Stv. Südfeld bemerkt, daß ein Teil der Ueberschreitungen dadurch entstehen sei, daß die Bauzeit zu lange dauere. Auch seien viel zu viel Zimmer angeordnet worden. Das Rathaus hätte viel früher bezogen werden können. Der Stadtrat soll sich verschiedentlich beurteilt worden. Die einen halten ihn für schön, die anderen für nicht schön. Auf ihn habe der Stadtrat den Eindruck gemacht, als ob er sich in einem alten Ritterschloß befände, das von einem Böhmer erworben und in einem Brunnen umgemauert worden sei. Seine Fraktion ist für die Genehmigung der Vorlage, weil das Hochbauamt nicht allein die Ueberschreitungen veranlaßt habe.

Stadtbaurat Perrey ergreift hierauf das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er auf die Darlegungen der Vortredner zurückkommt.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

Heidelberg, 6. Juli. An den hiesigen Universitätsprofessor Conheim ist die ehrenvolle Aufforderung ergangen, in Mannheim während des Dezembers eine Reihe von physiologischen Vorträgen, die sogenannte Better Lectures zu halten.

Schnitz, 6. Juli. König Erik von Schweden ist um 10 Uhr vormittags mit drei schwedischen Kriegsschiffen hier eingetroffen.

Neu-Park, 6. Juli. Wie eine Depesche aus Manila meldet, fand ein erbitterter Kampf zwischen einer Eingeborenenbande und amerikanischen Truppen statt. Der Häuptling der Moro-Fraktion wurde getötet und die Bande aufgerieben. Ein Amerikaner ist gefallen, 23 sind verwundet.

**Zur Reichstagswahl in Neustadt a. S.-Landau.**

Neustadt a. S., 6. Juli. (Privattelegramm.) Der von den Nationalliberalen und dem Bunde der Landwirte gemeinschaftlich aufgestellte Reichstagskandidat, Landtagsabgeordneter Franz Buhl, ist von der Kandidatur

zurückgetreten, weil gestern der erweiterte Ausschuss der nationalliberalen Partei von ihm verlangt habe, sich den Beschlüssen des nationalliberalen Vertretertages in Berlin anzuschließen. Der „Pfälzische Kurier“ schlägt daraufhin der Wahlkreisleitung des Bundes der Landwirte vor, gegenüber der kommenden neuen liberalen Kandidatur den Wählern freie Hand zu lassen. — Wie die „Neue Bürgerzeitung“ erfährt, hat auf Grund der dem Wahlkreisausschusse von den Nationalliberalen erteilten eventuellen Vollmachten der Wahlkreisvorstand in einer noch gestern abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Ouis- und Fabrikbesitzer Dr. Gustav Dehler-Neustadt als Kandidaten aufzustellen.

**„3. 2“ und „3. 3“.**

Friedrichshafen, 6. Juli. Das Luftschiff „3. 3“, das zunächst für die Frankfurter „Zia“ erbaut ist und nach Beendigung der Ausfertigung voraussichtlich hierher zurückkommt, ist im inneren Bau — im Gerippe — bis zur hinteren Gondel fertiggestellt. Das bei Göppingen beschädigte Luftschiff „3. 2“ ist in der Neugestaltung des Gerippes ziemlich fertig und wird voraussichtlich Mitte nächster Woche das erste Mal aufsteigen. Das Fahrgerüst wurde derart ausgebessert, daß alle verletzten Rängschienen an der nächsten weiter zurückliegenden Rutsche abmontiert und von hier aus bis zur Spitze ganz neu eingesezt wurden. „3. 2“ dürfte nach Vornahme der nötigen Probefahrten also kürzestens dem Reich, in dessen Auftrag sein Bau erfolgte, zur Abnahme angeboten werden. Seit Wochen wird in den Werkstätten und Hallen der Luftschiff-Zentrale unter Aufsicht aller Kräfte und unter Zuhilfenahme von Ueberstunden gearbeitet, jedoch die Arbeiten soweit gefördert wurden.

**Die Revolution in Persien.**

Teheran, 6. Juli. (Reuter.) In Erwiderung auf die Vorstellungen des englischen u. des russischen Abgeordneten hat Sipahdar mehrere Forderungen, insbesondere die Räumung des persischen Gebietes durch die russischen Truppen, sowie die Bildung eines liberalen Kabinetts, gestellt. Die britische und die russische Gesandtschaft werden morgen antworten, daß sie zurzeit wegen der Forderungen Sipahdars beim Schah nichts unternehmen könnten.

Teheran, 6. Juli. (Reuter.) Nach einer Mitteilung aus Urmia sind infolge des Zusammenstoßes zwischen dem dortigen Gouverneur und dem türkischen Konsulagenten acht Türken und drei Nationalisten getötet worden. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Alle Ortschaften des Bezirkes werden von türkischen Abteilungen besetzt.

**Deutscher Reichstag.**

Sitzung vom 6. Juli 1908.

Am Bundesratsische: Direktor im Reichsschatzamt: Kühn.

Vizepräsident Rämpf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 16. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzes zur Verhinderung der

**gellährigen Verwendung von Gerste.**

Dr. Säbelen (Soz.) beantragte Abhebung dieses Punktes von der Tagesordnung. (Zentrum und die Rechte sind sehr schwach besetzt.) Die Abstimmung über diesen Antrag, während welcher sich der Saal etwas füllt, ergibt dessen Ablehnung. Es bleibt also bei der Tagesordnung.

Stolle (Soz.) bekämpft die Vorlage. Die Statistik ergebe keinen Anhalt für die Richtigkeit der Behauptung, daß als Futtermittel eingeführtes Getreide zu gewerkschaften, besonders Brauwedern, verwendet werde. — Redner führt an, auch die Regierungsvorlage erkenne an, daß Dekonkationen bisher nicht nachzuweisen gewesen seien. Durch dieses neue Gesetz wird infolge der Ausgaben für die Kennzeichnung der Futtergerste der Getreidepreis erhöht werden zum Nachteil der kleinen Landwirte und zum Vorteile der Großgrundbesitzer. Nemehr die deutsche Viehzucht zunimmt, umso mehr treten die Nachteile dieses Gesetzes in die Erscheinung.

Hausmann-Hannover (natl.): Die heute zum Vortrag gebrachten Besenken hat der Vortredner schon in der Kommission in allen Einzelheiten vorgebracht, sie sind auch dort schon genügend behoben worden. Den Anträgen der verbündeten Regierungen sind wir dort entgegengekommen und haben die Frage so gründlich geprüft, daß wir noch Lage der Verhältnisse davon absehen können, eingehend dieses Thema zu behandeln. Die Getreidezölle haben mit der Vorlage gar nichts zu tun. Wir liegt namentlich im Interesse der kleinen Landwirte daran, daß der Zoll auf Gerste von 1.30 M. auch in Zukunft bei Abschluß neuer Handelsverträge bestehen bleibt. Die Kommission hat davon abgesehen, ein besonderes Verfahren für die Form der Denominierung festzusetzen, weil die Praxis jeden Tag ein neues Verfahren schaffen kann. Ich bin der Meinung, daß der Gesetzentwurf Vorarbeiten enthält, welche die Sicherheit und eine reelle Basis für den Handel schaffen und eine wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bedeuten. Ich bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Sufanagel (kon.): Wir stimmen dem Gesetze zu, doch hätte auch ich eine Erweiterung und eine genauere exaktere Fassung des Entwurfes gewünscht. Die Färbung der Gerste mit Fosin läßt sich ohne Nachteil anwenden.

Carstens (Freis. Volksp.): Während wir durch die Finanzreform sanieren wollen, bedeutet dieser Entwurf mit der Bestimmung der Zwangsfärbung eine ungeheure Verschleuderung von Reichsgeldern. Bei unparteiischer Beurteilung halten meine Freunde die ganze Vorlage für einen hyperagrarischen Wechselbalg. Die Regierung hatte in allen Kommissionsstufen die heulige Fassung, die ein Gesetzentwurf des Abg. Speck genannt werden kann, für unannehmbar erklärt. Meine politischen Freunde werden dagegen stimmen.

Direktor im Reichsschatzamt Kühne: Die Angriffe der Linken gegen den Gesetzentwurf schießen weit über das Ziel hinaus. Die Regierungsvorlage ist nicht eine Maßnahme im agrarischen Interesse, sondern die Ausfüllung einer Lücke in der bestehenden Zollgesetzgebung. Eine solche Bestimmung widerspricht den Handelsverträgen und würde die Kommissionsfassung für die Regierung unmöglich machen.

Gothein (Freis. Ver.): Aus der Denkschrift der Regierung geht hervor, daß Verläufe gegen den Zolltarif nicht konstatiert worden sind. Derartige Vorschriften würden gegen Preis und Glanzen verstoßen und den Handelsvertrag mit Rußland verletzen. Die zu billigen Zollfügen importierte Gerste sollte ausdrücklich auch zur Brauereimüllerei zugelassen werden. Proben haben ergeben, daß das Fosin soweit in die Kerne eindringt, daß sie zur Brauereimüllerei unvertwendbar

sind. Beide Industrien würden darunter leiden. Die Sache würde 2.10 Millionen dem Reich und den Bundesstaaten kosten, die doch in keiner günstigen finanziellen Lage sind, sonst sähen wir nicht hier. Bei den verbündeten Regierungen glaube ich an kein Unannehmbar mehr, sie werden schon schließlich ja sagen. Wir vertreten den parlamentarischen Standpunkt, daß die Mehrheit die Verantwortlichkeit für die von ihr beschlossenen Gesetze tragen muß und daß es ein Unglück ist, wenn die Regierung immer wieder eine Kleinigkeit von den Sünden der Mehrheit abstreift, damit sich die letztere ihr gegenüber auf das Gesetz berufen kann. Die Mehrheit kann dann sagen, wir haben das Gesetz nicht so gemacht, wir haben nur dem „Unannehmbar“ der Regierung nicht nachgegeben. Das allerungedinsteste was es gibt, ist, wenn eine Regierung, die angeklagt über den Parteien steht, unter jenen steht und jede unerhörte Zumutung erfüllt. Die Herren des neuen Schnapsbundes hätten doch alle Ursache, einmal daran zu denken, die volle Verantwortung vor dem Volke zu tragen.

Direktor im Reichsschatzamt Kühne: Die von uns angeordneten Beratungen haben andere Resultate ergeben. Wir wären Herrn Gothein dankbar, wenn er uns sein Material überweisen würde. Die letzten Ausführungen des Herrn Gothein bedauern ich. Die verbündeten Regierungen haben am 18. März 1908 von dieser Stelle aus einen derartigen Gesetzentwurf angekündigt. Von damals bis heute hat also ein Wechsel in ihren Anschauungen nicht stattgefunden. Ueber die Ansicht des Abg. Gothein, die Regierung würde bis zur dritten Lesung eine andere Auffassung haben, will ich kein Wort weiter verlieren.

Speck (Fr.): Wenn Herr Gothein das Ansehen Deutschlands Rußland gegenüber schützen will, so sollte er erst einmal eintreten für einen mäßigen Ausgleich den österreichischen Produzenten gegenüber. Der Gesetzentwurf soll lediglich eine Lücke in dem bisherigen Gesetze ausfüllen und die mißbräuchliche Verwendung von Gerste unter Strafe stellen. Unrichtig ist es, daß ein höherer Getreidepreis durch dieses Gesetz künstlich geschaffen werden solle.

**Ein Zwischenfall.**

Vizepräsident Paasche teilt mit, daß über den § 1 des Gesetzes namentlich abgestimmt werden wird, und daß ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden ist.

Singer (Soz.) beantragt auch über den Schluß namentlich abzustimmen.

Semler (natl.): Ich konstatiere vor dem Hause, daß Graf Carmer-Osten zu mir gekommen ist und sagte, da ich einen Antrag gestellt habe, wolle er mich 5 Minuten lang reden lassen und daß er damit einverstanden sei, seinen Schlußantrag zurückzuziehen. (Wärm links, Witirufe.)

Darauf wird über den Schlußantrag abgestimmt. Dafür stimmen 184, dagegen 149, 6 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. (Erneute Witirufe.)

Vizepräsident Paasche rügt diese Witirufe. Persönlich wiederholt Semler (natl.), daß ihm vom Grafen Carmer betr. Redezeit Bedingungen gestellt worden seien.

Graf Carmer (kon.): Nachdem sämtliche Parteien zum Wort gekommen waren, hatten wir einen Schlußantrag mit anderen Parteien verabredet. Darauf wurde mir mitgeteilt, daß Herr Semler sich zur Begründung seines Antrages gemeldet habe. Der nächste Redner war Dr. Sohn. Ich möchte Dr. Semler den Vorklag, ihm diesen Platz einzuräumen. 5 Minuten Redezeit werden nie so genau genommen.

Semler (natl.): Ich konstatiere ausdrücklich, daß Dr. Sohn sich vorher schon hinter Dr. Südekum hat zurückziehen lassen. (Wärm links.) Das ist Wahrheit.

Vizepräsident Paasche: Ich konstatiere, daß Dr. Sohn vorher zu mir gekommen ist, damit ich ihn hinter Dr. Südekum zum Wort kommen lasse.

Dr. Sohn (kon.): Die Ausführungen des Grafen Carmer, soweit sie meine Person betreffen, sind richtig.

Vizepräsident Paasche: An dem guten Glauben des Grafen Carmer hat niemand gezweifelt.

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Semler wird über den grundlegenden § 1 und den Änderungsantrag vom Abg. Semler namentlich abgestimmt.

**Berliner Drahtbericht.**

(Von unserem Berliner Bureau.)

**Die Finanzminister in Berlin.**

Berlin, 6. Juli. Die Finanzminister der Einzelstaaten traten heute vormittags zusammen, um Stellung zu den Kompromißvorschlägen der Reichstagsmehrheit für die Finanzreform zu nehmen. Wie im Reichstag verlautet, werden die Vorschläge der Mehrheit im allgemeinen Annahmefinden. Die Führer der Mehrheitsparteien traten heute nachmittags zusammen, um sich ihrerseits über die Kompromißanträge, die alsdann abgehandelt werden sollen, schlüssig zu machen. Dieser Antrag wird im Reichsstempelgesetz gestellt werden.

**Der Deutsche Bauernbund.**

Berlin, 6. Juli. Der neue Deutsche Bauernbund wurde heute unter Mitwirkung von Bauern und Ansehlichen unter freiem Himmel in Griesen bei prächtigem Wetter gegründet. In den vielen Tausenden von Bauern und Ansehlichen des preussischen Ostens hatten sich Delegierte aus Westfalen, Hannover, der Provinz Sachsen und anderen Gegenden des Vaterlandes eingefunden.

**Hannmann-Prozess.**

Berlin, 6. Juli. Im Hannmann-Prozess fanden heute die Plaidoyers statt. Der Staatsanwalt kam zu dem Schluß, daß er auf Grund des Ergebnisses der eingehenden Beweisaufnahme kein Schuldig beantragen könne.

**Graf Wedel.**

Berlin, 6. Juli. Graf Wedel, der am 3. Juli bekanntlich nach Berlin kommt, reist, wie das „Berl. Tagebl.“ hört, über Berlin nach Schweden. Schweden ist auch die Heimat der Gemahlin des Staatsalters. Seine Anwesenheit in Berlin steht mit der Konzler-Krise in keiner Verbindung.

**Der Rücktritt des Kanzlers.**

Berlin, 6. Juli. Die Abreise des Fürsten Bälw von Berlin sieht anscheinend nahe bevor. Erstern ist bereits wie die „Voss. Zig.“ hört, die Bibliothek des Fürsten verpackt worden.



Frankfurter Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers. Frankfurt a. M., 6. Juli. Fondsbörse. Heute auch im ganzen die Unternehmungslust gering war, so blieb die ausserordentliche Stimmung bestehen. Im Beginn des Verkehrs zeigte sich zunächst der Rentenmarkt sehr lebendig. Zu erwähnen ist insbesondere die lebhafteste Geschäftslage bei Deutschen Bank, übrige Serie dieses Wertes gut behauptet. Österreichische Renten vernachlässigt. Die vorläufige Verzögerung der ungarischen Ministerkrise hat die gewünschte Befriedigung für diese Papiere nicht gebracht, umso mehr man in parlamentarischen Kreisen große Verdrossenheit über die innerpolitische Lage zeigt. Bei weiterer Lebhaftigkeit sind Staatsanleihen zu erwähnen, welche teilweise auf Rückfälle errenten ansetzen. Eisenwerte übernahmen die Führung. Deutsch-Französische Eisenbahn wieder den Kurs von 300. Reichsbahn 1 1/2 Prozent höher. Lokale Haltung zeigte sich auf dem Bahnmärkte, Bombarden und Staatsbahn behauptungslos, die restlichen Wertpapiere waren lebendiger, von welchen die Deutsche Reichsbahn 2 Prozent höher, elektrische und Maschinenfabriken lebendiger, Kalkwerke schwächer aber ruhig. Fremde Renten behaupteten ihre übliche Haltung, Russen haben allerdings von der Ablehnung einsehend, lassen aber sich durch schwächer, heimische Renten ruhig und behauptet, Anleihen der deutschen Bundesstaaten waren umstellt befestigt. Im weiteren Verlauf war das Geschäft still bei leiser Tendenz. Banken und Montanpapiere waren sämtlich diskontiert. Die Marktbörse blieb bei diesem Geschäft fest, aber wenig verändert. Die weiteren Kreditaktien 200.00, Diskontos 186.20, Dresdener Bank 192.00, Staatsbahn 154.70, Lombarden 20.90, 80, Baltimore 116.70, Brauereirecht auf Rheinische Brauereifabrikation notierte 1.90 bei 0.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns for 'Schlusskurse', 'Reichsbankdiskont', 'Wechsel', and 'Staatspapiere A. Deutsche'. It lists various financial instruments and their closing prices.

Table listing 'Aktien industrieller Unternehmungen' with columns for company names and their respective stock prices.

Table listing 'Bergwerkaktien' with columns for company names and their respective stock prices.

Table listing 'Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten' with columns for company names and their respective stock prices.

Table listing 'Renditebriefe, Prioritäts-Obligationen' with columns for bond types and their respective yields and prices.

Table titled 'Bank- und Versicherungskursen' listing various banks and insurance companies with their respective stock prices.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Kreditaktien 2.020, Diskontos 186.20, Darmstädter 13.00, Dresdener Bank 192.00, Hamb. Bank 171.30, Deutsche Bank 242.25, Staatsbahn 154.70, Lombarden 21.00, Bochumer 230.00, Weisenfelder 17.00, Brauereirecht 161.00, Hagen 95.70. Tendenz: ruhig aber fest.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers. Berlin, 6. Juli. Fondsbörse. Die Börse verkehrte auch heute in leiser Haltung. Um etwas höher als 1/2 Prozent ließen sich von Bankwerten Diskontos und Nationalbank, Orientbahn-Aktien waren um 0.60 Prozent besser. Württemberg-Staatsbahn nach vorangehender Steigerung realisiert und verlor 1/2 Prozent. Der Rentenmarkt war leblos, bei ungefähr behauptetem Kursstand. Renten und Kohlenaktien blieben sich gegen gestern bis 1/2 Prozent besser, nicht ganz behauptet konnten sich aber die gebräuchlichen Renten von Vöding und Rheinisch-Westfälische. Schiffbauaktien waren fast ganz schuldlos. Eisenaktien blieben sich behauptet. Tägliches Geld 3-3 1/2 Prozent. Im weiteren Verlauf verhartete die Börse in völliger Gleichgültigkeit, ohne dass jedoch irgendwie eine Kursveränderung in Erscheinung trat.

Table listing 'Berliner, 6. Juli. (Devisennotierungen)' with columns for various banks and their exchange rates.

Table listing 'Berliner, 6. Juli. (Schlusskurse)' with columns for various stocks and their closing prices.

Table listing 'Privatdiskont 2 1/2%' with columns for various financial instruments and their respective rates.

Table listing 'W. Berlin, 6. Juli. (Telegr.)' with columns for various stocks and their respective prices.

Table titled 'Pariser Börse' listing various Parisian stocks and their prices.

Table titled 'Wiener Börse' listing various Viennese stocks and their prices.

Table titled 'Berliner Produktenbörse' listing various Berlin commodity prices.

Berlin, 6. Juli. Produktenbörse. Auch heute war das Geschäft am Getreidemarkt mangels Abregung von auswärtigen Beständen. Nach der fruchtbareren Witterung kehrt die Provinz allmählich zu Realisierungen, wodurch die Preise weiter nachgeben, doch kam noch im Verkauf der ersten Anlieferung eine Erholung zum Ausdruck, da im Hinblick auf das aus Südrussland herbeigekommene Regenwasser und behauptetes Viehwasser Bedenken und Rückfälle seitens der lokalen Bevölkerung vorgekommen wurden. In Folge verhärtete sich der Markt auf Abgaben der Provinz. Mais war wie Roggen still bei unverschieblichen Preisen. Weizen: bedingt.

Table titled 'Berlin, 6. Juli. (Telegramm) (Produktenbörse)' listing various commodity prices.

Table titled 'Londoner Effektenbörse' listing various London stock prices.

Table titled 'Budapester Produktenbörse' listing various Budapest commodity prices.

Table titled 'Liverpooler Börse' listing various Liverpool stock prices.

Table titled 'Marx & Goldschmidt, Mannheim' listing various company shares and their prices.

Table listing various company shares and their prices, including 'K. & S. für Abblenker', 'K. & S. für Abblenker', etc.

Geschäftliches. Gebrauchsmuster für ein erhaltene Herr Kaufmann Max Keller, Remmerstrasse hier, auf einen ebenso einfachen, wie praktischen Türheber. Mit demselben ist es leicht, jede Tür ohne Beschädigung derselben, behufs Telen, emporzubringen. Der 'Türheber Ideal' ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Verantwortlich: Für Politik: J. S. Georg Christmann; für Kunst und Belletristik: Georg Christmann; für Lokales, Provinziales u. Gerichtsverhandlung: Rich. Schönlender; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher; für den Inseratenteil und Geschäftsliches: Fritz Joss. Druck und Verlag der Dr. H. Deas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Director: Ernst Müller.

Grimmi-Alp (ob Erlöngsstation für Grossstädter) Spiez) G. H. Hotel, 150 Betten, Pension Fr. 8-15. Berner Oberland, 1200 m. ü. M. Kurarzt, Prosp. gralls. E. Schmid, Dir. 8868

# Programm

zur Feier des Geburtsfestes  
Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs.

## Vorfeier:

Donnerstag, den 8. Juli 1909.

Abends 7 Uhr: Glockengeläute und Böllerschüssen,  
Abends 10 Uhr: Kapellkonzert der Militärkapelle von  
der Schlosswache ausgehend.

## Hauptfeier:

Freitag, den 9. Juli 1909.

Morgens 6 Uhr: Militärisches Beden,  
Morgens 7 Uhr: Böllerschüssen,  
Morgens 9 1/2 Uhr: Festgottesdienst in der Trinitatis,  
Festankündigung in der Trinitatis,  
Festankündigung in der Schlosskirche  
für die altkatholische Gemeinde und  
Hauptkathedrale,  
Parade der Garnison auf dem  
Gartenplatz hinter der Kaiser  
Friedrich-Kaserne.

Mittags 12 Uhr:

Nachmittags 1 1/2 Uhr: Festessen im Friedrichsplatz,  
Abends 7 Uhr: Fest-Vorstellung im Großh. Hof-  
und Nationaltheater (Zielband).

Vorstehendes Festprogramm bringen wir zur öffentlichen  
Kenntnis und bitten uns, die Einwohner Mannheims zur  
Teilnahme an dieser Feier ganz ergebenst einzuladen. Damit  
verbinden wir das Gelingen, am Festtage die Häuser festlich  
zu beflaggen.

Einreichungslisten für das Festessen (4.50 Mk. mit  
Musik ohne Wein) liegen auf dem Bezirksamt, im Kaufhaus  
und im Friedrichsplatz auf. 32021

Mannheim, den 20. Juni 1909.

Der Großh. Amtsvorstand: Der Oberbürgermeister:  
Dr. Clemm. Martin.

## Friedrich Kauffmann-Stiftung Mannheim.

Telephon 1905. Sodenheimerstraße 18.  
Stiftung: Evang. prot. Vereinigung e. B. Mannheim.  
Verwaltung: Verwaltungsschwarzbad und K. u. u.  
Sein für ledige weibliche kaufmännische Angestellte,  
Beamten, Lehrerinnen u. l. m.  
Der Betrieb ist seit Mai 1909 eröffnet.

15 freundliche, geräumige Zimmer mit einem oder mit zwei  
Betten.

Reine, wohlhabende, den modernen Anforderungen der Ge-  
sundheitspflege entsprechende Einrichtung, Gesellschafts-  
raum, Lesezimmer, Bäder u. l. m.  
Gute Küche, kein Trinkwasser, alkoholfreie Getränke,  
feine Trinkscheide.

Pensionspreis für Zimmer, Bedienung, Frühstück, Mit-  
tagessen und Abendessen je nach Lage und Möblierung der  
Zimmer von monatlich 30 Mark an.

Mittagsessen im Abonnement für Nichtpensionärinnen  
zu 7 Pf.

Interessenten zur Besichtigung geöffnet täglich von 3-5  
Uhr. 590

Anmeldung jederzeit persönlich oder schriftlich bei der  
Verwaltung.

Zur Aufnahme zugelassen sind Damen jeder Konfession  
und jeden Alters, welche die Gesundheitsvorschriften  
weiterer Auskünfte jederzeit durch die Verwaltung.

# Triberg

Höhenluftkurort I. Ranges.  
Hervorragende Naturschönheiten. — Deutschlands größte Wasser-  
fälle, 143 m hoch. — Industrie- und Gewerbetätigkeit. Hotels für alle  
Ansprüche. Tropen- mit Hotelprospekten durch die Kurverwaltung. 19475

## Schömberg bei Wildbad

im württemb. Schwarzwald, 650 m ü. d. M.

Bahnstation Höfen a. K. (Pforzheim-Wildbad) oder Bad  
Liebenzell (Pforzheim-Horb). Privatpostenposten von  
Höfen a. K. — Sommer- u. Winter-Kurort

u. Zwischenkurort

Aerzte. Heilkurklima. Rauschherb. Tannen-  
wälder mit zahlreichen Kurbauwerken. Gasthöfe, Einzel- und  
Familienwohnungen. Post, Telegraph, Fernsprechanstalt.  
Evang. und kathol. Gottesdienst. Anstalt durch 18222

Überschönungsverein u. Schulheissenamt. Tel. 11.

Hotel Krone K. Nohor.

Gasthof zum Lamm G. Karlo.

Gasthof zur Linde Fr. Lörcher.

## Schweiz

Kuranstalt-Altsrieden bei Zürich. — Gersch. Lage  
am Uetliberg, 600 m ü. d. M. Für Erholungsbedürftige.  
Bes. Erfolge bei Nerven- — Neurasthenie, sex. u. deren  
Folgen. Stoffw. u. innere Krankh. Frauenl. Physik.  
diät. Behandlung. Luis- und Sonnenbäder. Prospekte  
gratis und franko. 185 Dr. med. Rüttimann.

## Viliten-Karten

Verfertigt in geschmack-  
voller Ausführung  
Dr. S. Baas, Buchdruckerei G. m. b. S.

MANNHEIM  
Strodmart 04, 8 D  
RUDOLF MOSSE  
Annoncen-Annahme für  
alle Zeitg. d. In- u. Ausl.

Haben Sie  
zweifelhaftige Aussenstände?  
böswillige Schuldner?  
säumige Kunden?  
Wir helfen Ihnen schnellstens zu Ihrem Geld.  
Schreiben Sie Ihre Adresse unter N. D. U. 2670  
an Rudolf Mosse, Mannheim.  
Vertreter besucht Sie sofort.

Hypotheken-  
Gelder  
auf Abrufen zu jeder  
Stelle in jeder Höhe  
zu vergeden. 9802  
Hilfszahl 9 8330  
F. A. durch Rudolf  
Mosse, Mannheim.

Werkstätte.  
C. 11, Werkh. od. Wagoz.  
u. l. Aug. zu verm.  
Näg. nur 3. 18790

# Kostenlos

Nickelservice und andere anerkannt  
wertvolle Gegenstände bei Benutzung von  
**Flammers Seife** nur eingewickelt  
**Flammers Seifenpulver**  
als die besten für Wäsche u. Haus  
millionenfach erprobt.



## Bekanntmachung. Aufgebot von Pfandscheinen.

Es wurde der Antrag gestellt  
folgende Pfandscheine des Stadl.  
Rechtsamt Mannheim: 32677

Nr. 104259  
vom 16. April 1909,  
vom 18. Mai 1909,  
welche angeht abhandeln ge-  
kommen sind, nachges der Ver-  
anlassungen ungültig zu er-  
klären.

Die Inhaber dieser Pfandscheine  
werden hiermit aufgefordert,  
ihre Ansprüche unter Vorlage  
der Pfandscheine innerhalb vier  
Wochen vom Tage des Er-  
scheinens dieser Bekanntmachung  
an gerichtlich beim Stadl. Rechts-  
amt, Nr. 104259, geltend zu ma-  
chen, widrigenfalls die Pfand-  
sachen erloschen sind.

Mannheim, den 3. Juli 1909,  
Stadl. Rechtsamt.

## Zwangs-Versteigerung.

Mittwoch, 7. Juli 1909,  
nachmittags 2 Uhr  
werde ich in Q. 4, 5 hier, gegen  
bare Zahlung im Vollstrec-  
kungswege öffentlich verzeichnen:  
1 Bettl., 1 vollst. Bett,  
1 Schreibtisch, 2 Polsterstühle,  
3 Schrankstücke, 1 Kamin  
und 1 große Viehsechere.  
Mannheim, 6. Juli 1909.  
Dapfle, 7501  
Gerichtsvollzieher.

Mannheim, 6. Juli 1909,  
Dapfle, 7501  
Gerichtsvollzieher.

## Haararbeiten

gewissenhaft und billigst.  
Frau Fräulein Kirschbaum,  
C. 2, 19. 6720

Mannheim, 6. Juli 1909,  
Dapfle, 7501  
Gerichtsvollzieher.

Mannheim, 6. Juli 1909,  
Dapfle, 7501

